83. 1. Bildet das Protokoll eines badischen Bürgermeisters über einen von ihm bei dem Gemeinderedner vorgenommenen Kassensturz eine öffentliche Urkunde im Sinne §. 348 St.G.B.'s?
2. Welchen Umfang hat das Beurkundungsrecht eines badischen Ratschreibers? Handelt derselbe, wenn er bei dem erwähnten

Kassensturze als Protokollführer fungiert, als öffentlich Beurkundender im Sinne §. 348 St.G.B.'s?

Bad. Gemeindeordnung vom 31. Dezember 1831, Fassung des Gesetzes vom 14. Mai 1870 §. 57 (Bad. Gef.= u. Verordnungsbl. S. 423).

I. Straffenat. Ur. v. 28. November 1881 g. G. u. St.
Rep. 1617/81.

I. Landgericht Freiburg.

G., Bürgermeister der badischen Gemeinde B., und der von ihm als Protokollführer zum Kassensturz zugezogene Ratfchreiber St. von da beurkundeten in mehreren über Kassenstürze bei dem Gemeindeführer F. von da aufgenommenen Protokollen, es sei der nach dem Rechnungsabfluß der Kassetagbücher über die Ortskasse und die Gemeindefasse B. sich ergebende Kassenvorrat bar vorhanden, derselbe sei bar vorgelegt, bar vorgefunden oder bar vorgezählt worden, während sie inhaltlich der Entscheidungsgründe zugeben mußten, daß Rechner F. ihnen zwar Geld vorgezeigt habe, dieses Geld aber weder von diesem, noch von ihnen nachgezählt, sondern im Vertrauen auf den Rechner einfach als mit dem Rechnungsabfluß der Kassetagbücher übereinstimmend angenommen worden sei. Sie wurden deshalb der mehrfachen gemeinschaftlich verübten falschen Beurkundung schuldig erklärt, indem das urteilende Gericht annahm, daß ihre Handlungsweise unter §. 348 St.G.B.'s falle. Hiergegen ergriff der Angeklagte St. die Revision, welche jedoch verworfen wurde.

Gründe:

Mit Unrecht wird zunächst schon unabhängig von der Mitwirkung des Angeklagten Ratfchreibers St. die Eigenschaft des von Bürgermeister G. aufgenommenen Kassensturzprotokollles als einer öffentlichen Urkunde bestritten. Daß daselbe diese Eigenschaft habe, ist in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urtheiles und in der von der Revisionsbegründung selbst angeführten Entscheidung des vormaligen badischen Oberhofgerichts vom 19. April 1879 (Annalen der badischen Gerichte von 1879 S. 86) in zutreffender Weise begründet.

Mit Unrecht wird weiter auch das Beurkundungsrecht des Angeklagten Ratfchreibers St. für den vorliegenden Fall bestritten.

Indem §. 57 der badischen Gemeindeordnung bei Bezeichnung der

Pflichten des Ratschreibers hervorhebt, daß der Ratschreiber das Ratsprotokoll zu beglaubigen und die Ausfertigungen des Bürgermeisters und Gemeinderates zu unterschreiben habe, hat er dies nicht als die einzigen Fälle, in welchen dem Ratschreiber ein Beurkundungsrecht zusteht, bezeichnet. Daß der Ratschreiber in einem weiteren Umfang ein Beurkundungsrecht habe, ergibt sich teils aus der in §. 57 der Gemeindeordnung ferner bestimmten Verpflichtung, „die ihm vom Bürgermeister oder vom Gemeinderat aufgetragenen schriftlichen Verhandlungen und Kanzleigeschäfte aller Art zc zu besorgen“, teils aus einer Reihe von einzelnen, nicht in der Gemeindeordnung selbst enthaltenen Bestimmungen, die ein solches Beurkundungsrecht voraussetzen. Inhaltlich der eben angeführten, in §. 57 der Gemeindeordnung festgesetzten Verpflichtung ist dem Ratschreiber nicht etwa bloß die Stellung eines Schreibers, sondern auch jene eines Aktuars des Bürgermeisters zugewiesen; wo derselbe daher in dieser Eigenschaft fungiert, hat er die Stellung eines beurkundenden Bediensteten und damit auch ein Beurkundungsrecht, und dieses Beurkundungsrecht kann im einzelnen Falle den Charakter eines öffentlichen Beurkundungsrechts gewinnen, wo nämlich die Thätigkeit des Bürgermeisters und damit die als beurkundend mitwirkende Thätigkeit des Ratschreibers wesentlich das öffentliche Interesse berührt. Vorausgesetzt wird außer den Fällen der Beglaubigung des Ratsprotokolles und der Unterschreibung der Ausfertigungen des Bürgermeisters und Gemeinderates ein Beurkundungsrecht des Ratschreibers z. B. in der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 26. Oktober 1835 über den Gebührenbezug der Gemeindebeamten (bad. Reg.-Bl. 1835 Nr. 53), wo in §. 7 bestimmt ist: „Wenn der Bürgermeister zu Verhandlungen, für welche er eine Protokollgebühr bezieht, den Ratschreiber bezieht, so hat er diesem die Hälfte der im vorhergehenden Paragraphen unter d erwähnten Gebühr zu überlassen,“ ferner in der (die erwähnte Verordnung teilweise abändernden) Verordnung des Großh. Justizministeriums vom 23. Januar 1857 über die Gebühren für die Rechtspflege der Bürgermeister in bürgerlichen Streit- und in Strafsachen (bad. Reg.-Bl. 1857 Nr. 5), wo in §. 5 bestimmt ist: „Wenn der Bürgermeister den Ratschreiber zur Protokollierung bezieht, so hat er diesem ein Drittel der in §§. 1 und 4 erwähnten Gebühr zu überlassen,“ sodann in der mit Staatsministerialentschließung vom 4. Juni 1864 genehmigten (die Verord-

nung vom 23. Januar 1857 außer Wirksamkeit setzenden) Verordnung über den Gebührenbezug der Gemeindebeamten und Gemeindediener (bad. Reg.-Bl. 1864 Nr. 25), inhaltlich dessen §. 6 der Bürgermeister dann, wenn er „zu Verhandlungen, wofür er eine Protokollgebühr (§§. 11. 13) bezieht, den Ratschreiber bezieht,“ diesem die Hälfte der Gebühr zu überlassen hat. Wie nun nach dem oben Gesagten der Bürgermeister bei der Beurkundung des von ihm vorgenommenen Rassensturzes ein öffentliches Beurkundungsrecht ausübt, so übt auch der Ratschreiber bei Beurkundung des von dem Bürgermeister vorgenommenen Rassensturzes ein öffentliches Beurkundungsrecht aus. Daß die Zuziehung des Ratschreibers behufs der Protokollierung des Rassensturzes nicht geboten war, sondern auf Grund der im Gesetz erteilten und vorausgesetzten Ermächtigung in der freien Befugnis des Bürgermeisters stand, ändert an diesem Charakter so wenig, als der Umstand, daß die Zuziehung des Ratschreibers zu Verhandlungen des Bürgermeisters in bürgerlichen Streit- und in Strafsachen nicht geboten ist, dann, wenn hierbei die Zuziehung des Ratschreibers durch den Bürgermeister zur Protokollierung erfolgt, den Charakter der Beurkundung einer solchen Verhandlung durch den Ratschreiber als einer öffentlichen Beurkundung beseitigt. Es erteilt auch nicht etwa erst der Bürgermeister dem Ratschreiber ein Beurkundungsrecht; vielmehr hat derselbe ein solches durch das Gesetz, und tritt nur durch den, allerdings vom freien Willen des Bürgermeisters abhängigen, Umstand seiner Zuziehung zum Rassensturz behufs der Protokollierung sein im Gesetz begründetes Beurkundungsrecht thatsächlich in Wirksamkeit.